

ordnung. Eine Kanonisierungs-Kommission hat die Arbeit aufgenommen, und es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß sie ohne Frucht bleiben wird; um so mehr, da im Jekaterinburger Bistum die Märtyrer der Zarenfamilie schon als lokal verehrte Heilige anerkannt sind. Eine unnötige Hysterie aber schadet der Sache nur, statt sie voranzubringen.

In der Botschaft des hochheiligen Patriarchen Alexius II. von Moskau und ganz Rußland und des Heiligen Synods der Russischen Orthodoxen Kirche zum Jahrestag der Ermordung des Imperators Nikolaus II. und seiner Familie vor 75 Jahren heißt es u.a.:

„Mit inständigem Gebet und tiefem Kummer im Herzen gedenken wir eines leidvollen Jahrestages... Als die Sünde des Zarenmordes geschah, zeigten die Bürger Rußlands Gleichgültigkeit; unser Volk hat diese Sünde nicht gebüßt. Sie ist ein Verbrechen sowohl gegenüber dem göttlichen Gebot als auch dem menschlichen Gesetz. Die Untat liegt wie eine schwere Last auf dem Gewissen und der Seele des Volkes und bedrückt sein sittliches Bewußtsein. Heute nun wollen wir im Namen der Kirche, all ihrer geistlichen Kinder, der bereits entschlafenen wie der jetzt noch lebenden, Buße für diese Sünde vor Gott und Menschen tun. Vergib uns, Herr!

Wir rufen unser ganzes Volks, alle, die ihm angehören, zur Buße, unabhängig von ihren politischen Anschauungen und ihrem Geschichtsverständnis, ihrer ethnischen Herkunft, Religionszugehörigkeit und ihrem Verhältnis zur Monarchie und zur Persönlichkeit des letzten Imperators des Russischen Reiches... Nun, da wir uns von den Sünden der Vergangenheit lossagen, haben wir auch zu begreifen, daß edle Ziele nur mit würdigen Mitteln erreicht werden können. Wer das Leben eines Volkes neu formen und erneuern will, darf nicht den Weg der Gesetzlosigkeit und Unmoral wählen. Einem Vorhaben – und sei es noch so gut und nützlich – dürfen nicht Leben und Freiheit eines Menschen, sein guter Name, weder ethische noch Normen des Gesetzes zum Opfer fallen...

Die Buße, der sich unsere Vorfahren unterwarfen, muß für uns erst noch zu einem Zeichen der Einheit werden. Möge das schmerzliche Datum heute uns im Gebet vereinen mit der Russischen Orthodoxen Auslandskirche, mit der die geistliche Einheit wiederherzustellen wir uns aufrichtig und dem Geiste Christi getreu bemühen.“

Wird hieraus nicht ersichtlich, daß das Eigentliche schon geschehen ist?! Die Reue über die Sünde des Zarenmordes ist bekannt, und dieses furchtbare Verbrechen belastet nicht mehr das konziliare Gewissen des russischen Volkes. Ist dies nicht der grundsätzliche, der wichtigste Schritt zur geistlichen Genesung Rußlands? Ist dies nicht ein Meilenstein auf dem Wege zur Wiederherstellung der historischen Kontinuität russischen Lebens, die durch die schrecklichen sozialen Katastrophen des 20. Jahrhunderts unterbrochen worden war?

Was ist nun das wichtigste Ergebnis des oben Gesagten? Schlicht und unbestreitbar dies: Die Einheit der Kirche ist Unterpfand für die Rettung des Landes! Es muß alles getan werden, die Wunden der Spaltungen zu heilen und das Kirchenvolk „in aller Frömmigkeit und Reinheit zu einem friedlichen und untadeligen Leben“ anzuleiten. Der einzige Weg dahin ist die Demütigung des eigenen Hochmuts, der Verzicht auf gegenseitige Forderungen, Vorbedingungen und sinnlose Vorwürfe und schließlich die nicht nur verbale, sondern praktische Sorge für die Staatsstruktur des heiligen Rußlands.

Vor Gott sind alle gleich, und wir werden alle gleichermaßen nach der Gleichgültigkeit in dieser heiligen Sache gefragt werden und nach den törichten, verderblichen, schändlich ehrgeizigen Plänen, die der russischen Wiedergeburt im Wege stehen.

Verzeihen Sie den freimütigen Ton. Gott behüte Sie!

In Demut Johannes, Metropolit von St. Petersburg und Ladoga.

Konvent in Düsseldorf

Vom 16. bis 17. November 1993 fand in der Vertretung der Russischen Orthodoxen Kirche zu Düsseldorf die Bistumsversammlung des russischen orthodoxen Bistums von Berlin und Deutschland statt.

Das kirchliche Außenamt des Moskauer Patriarchats war vertreten durch dessen Vizepräsidenten Erzbischof Kliment von Kaluga und Borowsk. An der Arbeit der Versammlung waren beteiligt Metropolit Irinej von Wien und Österreich, Erzbischof Longin von Klin, Bischof Feofan von Berlin und Deutschland sowie Kleriker und Laienvertreter des Bistums.

Der Konvent erläuterte die Statuten des Berliner Bistums und billigte sie. Über die derzeitige Situation der Russischen Orthodoxen Kirche informierte Erzbischof Kliment, und die amtierenden Erzhirten berichteten über die kirchlichen Ereignisse des Jahres 1993 sowie das Leben der Münchner Stauropegealen Gemeinde. Die Versammlung wählte den Bistumsrat und behandelte eine Reihe von Fragen seelsorgerlichen und karitativen Charakters. Eine göttliche Liturgie wurde am 17. November von Erzbischof Kliment unter Mitwirkung der Kleriker des Bistums gefeiert.

Dunkle Wolken über dem Weißen Haus

Eine Dokumentation zur Mittlerrolle der Kirche in den unheilschweren Tagen dieses Herbstes

21. September, Dienstag. Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation zur Auflösung des Parlaments und des Obersten Sowjets. Der hochheilige Patriarch befindet sich derzeit in Sitka, Alaska. Die Nachricht von den Moskauer Ereignissen erreicht ihn auf dem Flughafen kurz vor dem Abflug nach San Francisco. Auf einer Pressekonferenz appelliert er nach seiner Landung dort an alle Machtgruppierungen, ihre Organe, die Armee, die Rechtsinstanzen sowie alle Russen, von blutigen Zusammenstößen Abstand zu nehmen. Das Pressebüro des kirchlichen Außenamtes veröffentlicht diesen Aufruf, der mehrmals im Rundfunk und Fernsehen Rußlands wiederholt wird. Der Patriarch entschließt sich zum Abbruch seiner Reise und zu vorzeitiger Rückkehr nach Moskau.

26. September, Sonntag. Metropolit Juwenali hält in der Kirche Mariä Heimgang im Neuen Jungfrauenkloster einen Bittgottesdienst für die Befriedung Rußlands. Verlesen wird ein Gebet des hl. Tichon zur Rettung der russischen Staatsmacht und der Überwindung von Zwist und Unstimmigkeiten.

28. September, Dienstag. Patriarch Alexius II. kehrt in Begleitung von Metropolit Kyrill nach Moskau zurück. Auf dem Flughafen erklärt er vor der in- und ausländischen Presse, Blutvergießen sei auf jeden Fall zu vermeiden, denn Blut trenne die Menschen und könne zum Ausgangspunkt eines Bürgerkrieges werden. Gleichzeitig warnt er vor der Gefahr der Teilung Rußlands in „Erbfürstentümer“, es könnten Jahr-

zehnte, möglicherweise sogar ein Jahrhundert bis zur Wiedervereinigung vergehen! Der Patriarch informiert darüber, daß er mit Vertretern der Konfliktparteien in Kontakt treten wolle.

29. September, Mittwoch. Der hochheilige Patriarch läßt gegen Mittag einen Aufruf verbreiten, in dem er die Parteien noch einmal vor Blutvergießen warnt und die Gefahr der Gewaltanwendung beschwört, die zu einem offenen Konflikt unter den Bürgern führen müsse. In seinem Appell heißt es: „Keinerlei politische Ziele dürfen die Versorgung der im Weißen Haus befindlichen Menschen mit Medikamenten, Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe behindern. Im Namen der Kirche ruft der Patriarch die gegnerischen Seiten zum Dialog auf und erklärt sich zu jeder Form notwendiger Vermittlung bereit.“

Zugleich teilt er die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Heiligen Synods mit. Noch am gleichen Tage spricht er bei J. M. Lushkow, dem Bürgermeister von Moskau, vor und läßt sich über die Ereignisse in der Stadt unterrichten. Seinerseits bittet der Patriarch um Unterstützung für die Versorgung des Weißen Hauses mit Nahrungsmitteln und Arznei. Der Regierende Bürgermeister nimmt die Bitte des Patriarchen bereitwillig und verständnisvoll auf. Später wird der Patriarch von einer Abgeordneten-Gruppe des Obersten Sowjets und Vertretern der Öffentlichkeit aufgesucht.

Das Oberhaupt der russischen Kirche empfängt in Gegenwart von

Metropolit Kyrill den Präsidenten des Verfassungsgerichtes, W. D. Sorokin. Er erklärt seine Bereitschaft zur Vermittlung bei den Verhandlungen der Konfliktparteien. Sorokin schlägt seinerseits die Teilnahme eines Vertreters des Verfassungsgerichts für die Verhandlungen vor.

Nach seiner Rückkehr in die russische Hauptstadt setzt sich am 28. September Metropolit Kyrill samt seinen nächsten Mitarbeitern für ständigen Kontakt und Konsultationen mit den Konfliktparteien sowie Vertretern der Öffentlichkeit ein. Es kommt mit verantwortlichen moslemischen Vertretern zur Koordinierung von Maßnahmen im Interesse des gefährdeten Friedens. Spät am Abend überreicht der Vizepräsident des kirchlichen Außenamtes, Archimandrit Theophan, R. I. Chasbulatow und A. W. Ruzkoi im Weißen Haus den Appell des hochheiligen Patriarchen vom 29. September 1993. Der vermittelnden Mission des Patriarchen wird grundsätzlich zugestimmt.

30. September, Donnerstag. An die Adresse des hochheiligen Patriarchen geht ein Schreiben des Bürgermeisters von Moskau, J. M. Lushkow, ein, in dem es u. a. heißt: „Ich versichere, daß die Moskauer Stadtverwaltung keine Versuche zur Gewaltanwendung bei der Lösung der entstandenen Gegensätze unternimmt“. Der Bürgermeister äußert sich beunruhigt über die Gefahr, die den Moskauern daraus erwachse, daß im Weißen Haus einige hundert Mann zusammengezogen wurden mit „mehr als tausend Feuerwaffen“, die „zu extremistischen verbrecherischen Zielen“ eingesetzt werden können.

In dem Schreiben heißt es weiter: „In Erwiderung auf Ihren Appell zur Barmherzigkeit wurden von mir konkrete Schritte unternommen zur Versorgung der im Weißen Haus befindlichen Menschen mit notwendigen Medikamenten, medizinischer Hilfe, Nahrung und Wasser“.

Patriarch Alexius, Metropolit Juwe-

nali und Metropolit Kyrill empfangen A. W. Ruzkois persönlichen Vertreter, der dem Patriarchen einen Brief vom 29. September überreicht. Darin wird der Konsens mit der Friedensinitiative des Hochheiligen zum Ausdruck gebracht und die Bereitschaft erklärt, weder ein Blutvergießen zuzulassen noch mit Gewalt jene Probleme zu lösen, die „allein auf dem Wege des Dialogs und der Verhandlungen geregelt werden können und müssen“. Ruzkois Vertreter teilt mit, dieser stimme der Konzentrierung der Waffen im Weißen Haus in versiegelten Räumen unter Aufsicht von Vertretern beider Seiten zu.

Am gleichen Tage geht ein von der Zehnten Außerordentlichen Tagung der Volksdeputierten der Russischen Föderation unterzeichnetes Telefax an die Adresse des Moskauer Patriarchen Alexius II. ein, in dem einem alsbaldigen Beginn von Verhandlungen unter der Mittlerschaft des Patriarchen im Danilow-Kloster zugestimmt wird. Die Konferenz von Regionalvertretern der Russischen Föderation stimmt einmütig einer Erklärung zu, in der die Initiative des Patriarchen und der Ruf zur sofortigen Aufnahme von Gesprächen unterstützt werden.

Gegen Mittag empfängt der Patriarch in Gegenwart der Metropoliten Juwenali und Kyrill die Regionalvertreter der Russischen Föderation, die sich zu einer Konferenz in Moskau aufhalten, sowie die leitenden Männer der Kammern des Obersten Sowjets R. G. Abdulatipow und W. S. Sokolow; diese sind vom Parlament beauftragt worden, die Verhandlungen im Namen der Deputierten zu führen.

Auf der Zusammenkunft wird der Teilnahme der Russischen Kirche als Vermittlerin bei den Verhandlungen zugestimmt und vorgeschlagen, daß die erste Etappe dieser Verhandlungen in engem Kreis unter Beteiligung der Konfliktparteien und Vertretern des Verfassungsgerichts stattfinden soll. Im Blick auf die zweite Etappe, deren Ziel die Erarbeitung eines Modells für eine politische Regelung

sein müßte, wird die Bereitschaft zur Einbeziehung von Regionalvertretern der Föderation bekundet. Gewünscht wird auch die Hinzuziehung von Vertretern der künstlerischen Intelligenz, der Industrie, Arbeitgeber und Gewerkschaften, der Landwirtschaft sowie von führenden Muslimen bzw. Repräsentanten anderer religiöser Kreise.

Das kirchliche Außenamt unternimmt sofort Schritte, um die Möglichkeit einer solchen Hinzuziehung bei den genannten Vertretern auszuloten.

16.30 Uhr werden der Patriarch sowie die Metropoliten Juwenali und Kyrill im Kreml vom Präsidenten Rußlands, B. N. Jelzin, empfangen. An der Zusammenkunft nimmt auch der Leiter der Präsidialkanzlei, S. A. Filatow, teil. Der Präsident dankt dem Patriarchen für die Friedensinitiative und ernennt S. A. Filatow, O. N. Soskowez sowie J. M. Lushkow zu Beauftragten für die Verhandlungen. Nachdrücklich unterstreicht er zu Beginn derselben die Notwendigkeit, die Entwaffnung des Weißen Hauses und die Aufhebung des bewaffneten Widerstandes im Zentrum von Moskau zu behandeln. Er stimmt der Teilnahme eines Vertreters des Verfassungsgerichts in der ersten Gesprächsrunde zu. Noch am späten Abend kommt es zu einer Begegnung von S. A. Filatow, O. N. Soskowez, J. M. Lushkow, W. S. Sokolow und R. G. Abdulatipow, die mit Metropolit Kyrill telefonisch Kontakt aufnehmen.

Am 1. 10. 1993 unterschreiben um 2.40 Uhr die Genannten das Protokoll Nr. 1. Die Vereinbarung sieht die Konzentrierung der nichtstaatlichen Waffen im Hause der Sowjets, ihre Kontrolle durch gemeinsame Kontrollorgane, die sofortige Inbetriebnahme der Energieversorgung, Fernheizung und Telefone im Weißen Haus vor. Gleichzeitig wird die Realisierung der vereinbarten Maßnahmen zur Reduzierung der Kräfte und Mittel für den äußeren Schutz des Hauses der Sowjets vorgeschlagen.

Die Parteien vereinbaren weiter, daß man nach der Verwirklichung der ersten Etappe zur völligen Aufgabe des bewaffneten Widerstandes durch Vereinbarung und Gewährleistung von rechtlichen und politischen Garantien kommt. Die Unterzeichnung der Vereinbarung hat am Morgen des 1. Oktober die Stromversorgung des Weißen Hauses und damit die Einschaltung der Heizung und Warmwasserversorgung zur Folge.

1. Oktober, Freitag. Um 10.00 Uhr treffen im hl. Danilow-Kloster Patriarch Alexius II., die Metropoliten Juwenali und Kyrill, S. A. Filatow, O. N. Soskowez, J. M. Lushkow, R. G. Abdulatipow und W. I. Olejnik (Mitglied des Verfassungsgerichts) ein. Die Sitzung beginnt in Abwesenheit von W. S. Sokolow. R. G. Abdulatipow äußert die Vermutung, daß W. S. Sokolow im Weißen Haus durch eine Parlamentssitzung aufgehalten werde. Die Verhandlungsteilnehmer beschließen, einen Kirchenvertreter in das Weiße Haus zu schicken, um den Grund für Sokolows Abwesenheit zu erkunden. Der damit beauftragte Archimandrit Theophan, Vizepräsident des kirchlichen Außenamtes, hat ein Gespräch mit Deputierten, die zusätzlich zu R. G. Abdulatipow und Sokolow als Verhandlungsträger noch mehrere andere Deputierte unter Leitung von J. M. Woronin ernennen. Mittags treffen Woronin und W. A. Domnina im hl. Danilow-Kloster ein und nehmen an den Gesprächen teil.

J. M. Woronin übermittelt eine Erklärung R. I. Chasbulatows zu dem von beiden Seiten unterzeichneten Protokoll Nr. 1, wonach das „Waffenproblem“ keine eigenständige Bedeutung habe und nicht aus der allgemeinen Situation herausgenommen werden dürfe, sondern „im Rahmen der Verwirklichung entsprechender Beschlüsse des Obersten Sowjets, des Verfassungsgerichtes und der Zehnten Außerordentlichen Tagung der Volksdeputierten zu entscheiden ist“.

Die Gesprächsteilnehmer erhalten Kenntnis davon, daß der Militärrat

zur Verteidigung des Hauses der Sowjets Rußlands die Unterzeichnung des Protokolls Nr. 1 für falsch erachtet und u. a. erklärt, die Fragestellung nach nichtstaatlichen Waffen im Hause der Sowjets Rußlands sei nicht rechtsgültig, weil alle Waffen staatlich seien und damit dem Departement für Verteidigung des Obersten Sowjets der Russischen Föderation unterstünden. Auf diesbezügliche Fragen erklärt Woronin, die Dokumente des Weißen Hauses zum Protokoll Nr. 1 trügen internen Charakter, die Verhandlungen sollten auf dem Weg weitergeführt werden, der durch konkrete Maßnahmen einen bewaffneten Widerstand ausschloße.

Moskaus Bürgermeister J. M. Lushkow gibt zu bedenken, daß als Antwort auf die Einschaltung der Stromversorgung und Lieferung von Fernwärme in das Weiße Haus von der Gegenseite keine entsprechenden, in der nächtlichen Vereinbarung vorgeschlagenen Schritte unternommen worden seien.

Die Seiten verständigen sich über die Zusammensetzung einer Expertenkommission, die Maßnahmen zur Regelung der Situation um das Haus der Sowjets erarbeiten und festlegen sollen. Durch eine von W. Jerin unterschriebene Verfügung werden zu Kommissionsmitgliedern Generalmajor der Miliz W. I. Pankratow, Leiter der GUWD in Moskau; Generalmajor der Miliz W. W. Ogorodnikow, Leiter der GUOOP des Russischen Innenministeriums; Generalmajor A. A. Schkirko, stellv. Kommandierender der Inneren Truppen des Russischen Innenministeriums, ernannt. Eine von A. Ruzkoi unterschriebene Verfügung sieht folgende Personen in der Expertenkommission vor: Konteradmiral R. S. Tschebotarewski, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Obersten Sowjet der Russischen Föderation; Oberst W. G. Milowanow, Experte, Oberst der Miliz G. S. Nikulin, Experte. Nach einer langen Diskussion, die noch dadurch erschwert wird, daß in die Problematik zur Regelung der Situation um das Weiße Haus politische

Elemente hineingetragen werden, einigen sich die Seiten schließlich auf die Hauptaufgabe der Expertenkommission, d. h. die Auflistung konkreter Maßnahmen zur Normalisierung der Lage um das Weiße Haus.

Betreffs des Militärrates im Weißen Haus beschließt die Verhandlungskommission eine Anfrage an A. W. Ruzkoi, wer im Hause der Sowjets die Bewaffnung kontrolliere und wem die bewaffneten Gruppen zum inneren Schutz des Weißen Hauses unterstehen. Die Gesprächsteilnehmer ermächtigen Metropolit Kyrill, mit A. W. Ruzkoi Telefonkontakt aufzunehmen. Dieser versichert, die Frage der Bewaffnung stünde unter seiner persönlichen Kontrolle, und die Mitglieder des Militärrates unterstünden ihm als amtierendem Präsidenten.

Um 14.00 Uhr gibt Metropolit Kyrill auf einer Pressekonferenz für russische und ausländische Journalisten den Stand der Verhandlungen bekannt. Am Abend billigt der zu einer außerordentlichen Tagung einberufene Heilige Synod eine Erklärung zur politischen Krise des Landes.

2. Oktober, Samstag. Zur Erkundung der von der Führung des Weißen Hauses eingenommenen Position sucht Metropolit Kyrill mit dem Segen des hochheiligen Patriarchen um 10.00 Uhr morgens das Haus der Sowjets auf und trifft dort mit R. I. Chasbulatow, A. W. Ruzkoi und Deputierten zusammen. A. W. Ruzkoi verweist darauf, daß alle im Weißen Haus befindlichen Waffen unter seiner Kontrolle stünden und seiner Meinung nach von ihnen keine Gefahr für die Moskauer ausginge.

Chasbulatow wie Ruzkoi bestehen darauf, man müsse zu der Situation vor dem 21. September zurückkehren. Der Metropolit informiert sie über die Arbeit der Verhandlungskommission und spricht sich für einen baldigen Abschluß der Arbeit der Experten und Aufnahme konkreter Schritte zur Reduzierung des Gewaltpotentials aus.

Die Tagung der Verhandlungskommission beginnt mit einer Kritik an den Massenmedien wegen einseitiger Information am ersten Verhandlungstag. Im Laufe des Tages wird ein Appell an die Journalisten von beiden Seiten erarbeitet und angenommen, „alles, was von ihnen abhängt, für die Beilegung des Konfliktes zu tun“. In der Verlautbarung wird eine wahrheitsgemäße und objektive Darlegung der Fakten unterstrichen.

Die Verhandlungskommission erörtert und billigt Vorschläge der Expertenkommissionen zur Regulierung der Situation um das Haus der Sowjets Rußlands. Die Vorschläge enthalten einen konkreten Aktionsplan zur Reduzierung und gegenseitigen Kontrolle der Kräfte und Mittel in und um das Haus der Sowjets, ferner zur Aufhebung der Absperrungen und Barrikaden um das Weiße Haus und die Gewährleistung einer gemeinsamen Überwachung der Waffendepots. Schließlich wird ein Passierscheinsystem und seine gemeinsame Sicherstellung beschlossen.

Ergebnislos haben die Seiten versucht, das Protokoll Nr. 2 zustandezubringen. Darin sollten Maßnahmen zur Entwaffnung des Hauses der Sowjets verbunden werden mit der Beseitigung der Blockade, der Wiederherstellung der Lebensfähigkeit des Weißen Hauses, der Gewährung der vollen Freizügigkeit für die Volksdeputierten und einer Garantieerklärung für ihre sowie anderer im Weißen Haus befindlicher Personen Sicherheit und Unantastbarkeit.

Einmütig sehen es beide Seiten als gegeben an, daß die Expertengruppe sich möglichst schnell auf einen Maßnahmenplan zur Reduzierung des gewaltsamen Widerstandes einigen solle. Der gesamte Vorgang der Entwaffnung, des Abzugs von Kräften und Mitteln und der Normalisierung der Lebensfähigkeit des Weißen Hauses soll in 48 bis 60 Stunden abgeschlossen sein.

Nach Absprache in der Verhandlungskommission unterrichtet Me-

tropolit Kyrill um 14.00 Uhr die Journalisten über den Stand der Dinge. Einer früher erzielten Übereinkunft entsprechend soll die Expertengruppe den Entwurf eines Maßnahmenplanes zur Reduzierung der Kräfte und Mittel um 15.00 Uhr vorlegen. Der Leiter der Expertengruppe des Weißen Hauses, Konteradmiral Tschebotarewski, stößt erst nach 17.00 Uhr zur Gruppe. Die Beauftragten beider Seiten diskutieren über die Begriffe Staatswaffen und Nicht-Staatswaffen, die der Reduzierung im Weißen Haus unterliegen. Nach Meinung der Regierungsseite befinden sich im Weißen Haus neben den Staatswaffen auch eine große Anzahl von nichtstaatlichen, mit denen Privatpersonen ausgerüstet worden sind, was eine Bedrohung der Moskauer Bürger darstellt.

Die Vertreter des Obersten Sowjets bekräftigen ihrerseits, es gäbe außer staatlichen Waffen keine anderen im Weißen Haus, und die Bewaffneten würden eine Abteilung bilden, die unmittelbar A. W. Ruzkoi untersteht. Die im Weißen Haus befindlichen Waffen seien dieser Abteilung ausgehändigt worden. Damit sind die Verhandlungen praktisch festgefahren.

Um einen Ausweg aus der Situation und Präzisierung der vorhandenen Informationen zu erhalten, werden auf Vorschlag des hochheiligen Patriarchen Metropolit Juwenali und der Vertreter des Verfassungsgerichts, W. I. Olejnik, ins Weiße Haus entsandt. Die Verhandlungskommission vertagt sich auf 22.30 Uhr.

Im Auftrag des hochheiligen Patriarchen übermittelt Metropolit Kyrill die Erklärung des Heiligen Synods der Russischen Orthodoxen Kirche vom 1. Oktober telegraphisch an „Guten Abend, Moskau“ und den Kanal „Ostankino“.

Die Gespräche werden um 23.00 Uhr wieder aufgenommen, als Metropolit Juwenali und W. I. Olejnik nach ihrer Rückkehr aus dem Weißen Haus die Ergebnisse der Verhandlungen mit Ruzkoi und Chasbulatow erläutern. Danach besteht die

Position des Weißen Hauses in folgendem: 1. Unterstützung des Verhandlungsprozesses und hohe Wertschätzung der kirchlichen Friedensmission; 2. Versicherung, daß Ruzkoi den gesamten Fragenkomplex eines womöglichen Waffeneinsatzes im Weißen Haus kontrolliert; 3. militärische Freiwillige im Weißen Haus haben das offizielle Schutzkommando ersetzt, das zu 90 % das Gebäude verlassen hat, und können daher nicht als nichtstaatliche Formation angesehen werden. Sie erhalten Waffen nur für die Dauer ihres Wachdienstes; 4. A. W. Ruzkoi garantiert, daß Waffen im Weißen Haus „nicht zu sprechen beginnen“; 5. das Weiße Haus ist bereit, eine Kontrollkommission über das Vorhandensein von Waffen zuzulassen; 6. der Entwaffnung vorausgehen muß die Regelung der politischen Probleme, in erster Linie aber die Aufhebung des Präsidenten-Dekrets Nr. 1400 vom 21. September d.J.

Die Regierungsseite beharrt auf ihrer Position und erklärt noch einmal, daß keinerlei politische Fragen gelöst werden können, solange es im Weißen Haus nichtstaatliche Waffen gäbe und Kräfte, die sie zur Bedrohung des Lebens von Moskauer Bürgern einsetzen können. Die Blockade des Weißen Hauses sei eigens deswegen eingerichtet worden, um einen unkontrollierten Waffenabfluß und das Einsickern bewaffneter Personen in die Stadt zu vermeiden. Gerade deshalb müßte die Aufhebung der Blockade und Wiederherstellung der Lebensfähigkeit des Hauses der Sowjets verbunden werden mit einer Kontrolle der nichtstaatlichen Waffen. Die Regierungsseite erklärt weiter, da wegen der Position des Weißen Hauses die Gespräche festgefahren seien, müsse man andere Mittel zur Bewältigung des Problems einsetzen.

Daraufhin schlägt die vermittelnde Seite vor, zu dem vereinbarten Dokument der Expertenkommission vom 2. 10. 1993 zurückzukehren und alsbald mit Koordinierungsmaßnahmen der Seiten auf Expertenebene zur Realisierung des 1.

Punktes im erwähnten gemeinsamen Dokument, d. h. über Stand und Bewaffnung der Konfliktparteien zu beginnen. Der Vorschlag wird einmütig angenommen und im Protokoll Nr. 3 festgehalten. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen wird auf den 3. Oktober 16.00 Uhr mit einer Anhörung zu den Arbeitsergebnissen der Experten vertagt, die die im Protokoll Nr. 3 festgeschriebenen Vereinbarungen erfüllen sollen.

3. Oktober, Sonntag. In der Epiphaniast-Patriarchen-Kathedrale hält der hochheilige Patriarch Alexius II. unter Mitwirkung der Mitglieder des Heiligen Synods und in Gegenwart einer nach vielen Tausenden zählenden Gemeinde die göttliche Liturgie und einen Bittgottesdienst vor der wundertätigen Ikone der Gottesmutter von Wladimir, die eigens dazu aus der Tretjakow-Galerie geholt wurde. Der hochheilige Patriarch spricht kniend vor der Ikone das Gebet des hl. gesamtrussischen Patriarchen Tichon um „Rettung der russischen Staatsmacht und Überwindung des Zwistes und der Unstimmigkeit in ihr“. Dieses Gebet ist in den Jahren der Revolutionswirren entstanden.

Zu Beginn des Bittgottesdienstes spricht Metropolit Juwenali ein in solchen Fällen übliches Wort an den hochheiligen Patriarchen. Sowohl im Wort des Metropoliten als auch in der Erwiderung des Patriarchen wird die christliche Hoffnung auf den Beistand der Gottesmutter zur Rettung Rußlands bekundet. In der Vergangenheit haben mehrfach russische orthodoxe Menschen in schicksalsschweren Augenblicken des Landes ihre heißen Gebete an die Gottesmutter von Wladimir vor deren wundertätigen Ikone gerichtet.

Gegen Ende des Bittgottesdienstes erleidet der hochheilige Patriarch einen Schwächeanfall und wird von einer herbeigerufenen Dringenden Medizinischen Hilfe versorgt. Entgegen ärztlicher Verordnung zur sofortigen Einlieferung ins Krankenhaus findet der Patriarch die Kraft zur Rückkehr an den Verhandlungstisch. Auf Bitten der Orthodoxen im Wei-

ßen Haus zelebriert unter Teilnahme von Mönchen des hl. Danilow-Klosters Priester Alexi Slobin die göttliche Liturgie.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen um 16.00 Uhr beginnt mit einer Anfrage des Patriarchen an J. M. Woronin über eine am Vorabend vom Fernsehen ausgestrahlte Erklärung M. I. Chasbulatows, derzufolge die Beschlüsse der Verhandlungskommission ohne eine Bestätigung durch das Parlament keine Gültigkeit haben werden. Der Patriarch bringt seine Zweifel an der Effektivität des Verhandlungsprozesses bei einem solchen Standpunkt des Weißen Hauses zum Ausdruck. Woronin unterstreicht, daß er und seine Kollegen entsprechende Vollmachten für die Verhandlungsführung besäßen, sie würden dem Parlament über das gesamte Geschehen berichten; dies fasse aber kollektiv die endgültigen Beschlüsse. Er verliest drei Dokumente: einen „Appell der Zehnten Außerordentlichen Tagung der Volksdeputierten der Russischen Föderation an Patriarch Alexius II. von Moskau und ganz Rußland“, eine „Politische Erklärung der Zehnten Außerordentlichen Tagung der Volksdeputierten der Russischen Föderation“, und die „Erklärung des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, R. I. Chasbulatow, vom 3. Oktober 1992“.

Der Appell enthält eine Beschuldigung der Gegenseite bezüglich der brutalen Vorkommnisse am Vorabend auf dem Smolensker und dem Puschkinplatz, am U-Bahnhof Barrikadnaja sowie in anderen Teilen der Hauptstadt, und eine entsprechende Anrufung des Patriarchen. Bei einer positiven Bewertung der bisherigen Absprachen zur Normalisierung der Lage um das Weiße Haus gipfelt die politische Erklärung in der Forderung nach Aufhebung des bekannten Präsidenten-Dekrets. In der von Chasbulatow unterzeichneten Verlautbarung wird behauptet, daß unter dem „Deckmantel des Propagandalärms über Verhandlungen“ Jelzin einen Militärschlag vorbereite...

Woronin erklärt danach, daß in diesem Augenblick das Weiße Haus von Demonstranten entsetzt und durch sie auch die Stadtverwaltung eingenommen worden sei. Die Gegenseite protestiert gegen den Inhalt der Verlautbarungen und die Aktionen der Demonstranten im Gebäude der Stadtverwaltung. Wegen der Ereignisse in der Stadt sollen die Verhandlungen bis 20.00 Uhr unterbrochen werden. Doch zur vereinbarten Zeit erscheinen die Vertreter der einander bekämpfenden Parteien nicht im hl. Danilow-Kloster. Um 20.45 Uhr konstatieren die Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche und des Verfassungsgerichtes die Tatsache ihres Nichterscheinens zu den Verhandlungen.

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober suchen Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche einen vermittelnden Kontakt zwischen Regierung und Weißen Haus zum Thema der sofortigen Beendigung des Blutvergießens herzustellen. Metropolit Kyrill hat den Vizepräsidenten des kirchlichen Außenamtes, Archimandrit Theophan, zu W. S. Tschernomyrdin entsandt. In diesem Zusammenhang gibt es auch Telefonkontakt mit J. M. Woronin im Weißen Haus. Letzterer macht die Möglichkeit neuer Verhandlungen von der Aufhebung des bekannten Präsidenten-Dekrets abhängig. Unmittelbar danach telefoniert Metropolit Kyrill im Auftrag des Patriarchen und Heiligen Synods mit Tschernomyrdin und bittet um Aufschub bei der Erstürmung des Weißen Hauses, damit Bürger, die Geiseln der Situation und am Blutvergießen unbeteiligt seien, das Gebäude verlassen könnten. Er teilt dem Ministerpräsidenten mit, daß er persönlich zur Verhandlung in das Weiße Haus zu kommen bereit sei. Tschernomyrdin äußert sich verständnisvoll zur Position der Kirche und gibt die Zusicherung, den Angriff dann zu stoppen, wenn die Gegenseite den Widerstand aufgibt und die Waffen niederlegt.

Weitere Versuche der Kirchenvertreter, mit dem Weißen Haus in Telefon-

kontakt zu treten, scheitern. Die Leitungen sind unterbrochen.

Um 11.00 Uhr tritt der Patriarch mit einem besonderen Aufruf an die Öffentlichkeit, der die Bezeichnung „inständige Bitte des Patriarchen“ erhielt. Darin beschwört er die gegnerischen Parteien, unverzüglich das Blutvergießen zu beenden. Bettlägerig segnet der Hochheilige Metropolit Kyrill zu einem Telefonkontakt mit Präsident B. N. Jelzin, um ihm die inständige Bitte der Kirche zum sofortigen Beenden des Blutvergießens zur Kenntnis zu geben. Der Metropolit kann den Präsidenten jedoch nicht mehr erreichen.

Auf Bitten der Regionalvertreter der Föderation erläutert Metropolit Juwenali die Position der Kirche noch einmal und unterstreicht, daß auch nach der Erkrankung des Patriarchen der Vermittlungsdienst der Kirche andauere. Der hochheilige Patriarch unterstützt diese Bemühungen und befindet sich in ständigem Kontakt mit den Männern, die diesen Dienst tun. Den Regionalvertretern der Föderation wird die „inständige Bitte des Patriarchen“ vorgelesen.

Im Laufe der fünftägigen Belagerung des Weißen Hauses waren Erzpriester Alexi Slobin und Mönchspriester Nikon (Belawenez) dort, taufeten, spendeten die Kommunion und trieben Seelsorge.

5. Oktober, Dienstag. Der Patriarch ordnet für den 10. Oktober ein Gebetsgedenken in allen Kirchen und Klöstern der Russischen Orthodoxen Kirche für die Opfer der tragischen Ereignisse in Moskau an.

6./7. Oktober, Mittwoch/Donnerstag. Die Kirche beteiligt sich an der Beisetzung der Opfer.

8. Oktober, Freitag. Zum Tag des ehrwürdigen Sergius, des Abtes von Radonesh, tritt unter dem Vorsitz des hochheiligen Patriarchen der Heilige Synod der Russischen Orthodoxen Kirche gemeinsam mit den zur Teilnahme an den Feierlichkeiten in der Lawra eingetroffenen Hierarchen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.